

Der Kreisparteitag möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag beschließen:

## **Keine HVV-Preiserhöhung zum 1.1.2019**

Forderung:

Wir fordern die Bürgerschaft und den Senat auf der geplanten Preiserhöhung des HVV zum 1.1.2019 nicht zuzustimmen und stattdessen den städtischen Finanzierungsanteil zu erhöhen.

Weiterhin fordern wir die Bürgerschaft und den Senat auf Kinder, Schüler und Senioren auch bei zukünftigen Preiserhöhungen des HVV auszunehmen. Die Gegenfinanzierung soll aus Steuermitteln erfolgen.

Begründung

Den HVV zu stärken und auszubauen ist allgemein ein anerkanntes politisches Ziel, ebenso wie allen Hamburgern ein bezahlbares Leben in unserer Stadt zu ermöglichen. Hinzu kommen diverse Herausforderungen durch Umweltprobleme, wie eine starke Luftverschmutzung (siehe Durchfahrtsverbote auf der Max-Brauer-Allee und in der Stresemannstraße) und Lärmbelastungen (siehe nächtliche Tempobeschränkungen). Weiterhin besitzen etwa die Hälfte der Hamburger Haushalte keinen Pkw, insbesondere Haushalte mit einem niedrigen ökonomischen Status (Quelle: Mobilität in Deutschland 2017).

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass der HVV durch Preiserhöhungen, welche seit über 10 Jahren in etwa doppelt so hoch ausfallen wie die allgemeine Inflationsrate, gestärkt werden soll. Hinzu kommt die überproportionale Belastung von Haushalten mit einem geringen Einkommen und von Familien mit Kindern. So sollen beispielsweise die Preise der Kinderfahrkarten erneut um knapp zehn Prozent steigen, nachdem diese bereits 2016 um knapp 10 Prozent angehoben wurden. Damit würden die Preise der Kinderfahrkarten innerhalb von drei Jahren um knapp 20 Prozent angehoben. Dem gegenüber sind die Zuschüsse der Stadt Hamburg an den HVV seit Jahren in etwa konstant geblieben.

Als SPD sehen wir die Notwendigkeit, das Grundbedürfnis der Mobilität gerade für die genannten Gruppen unserer Gesellschaft zu unterstützen und zu gewährleisten. Das Leben in einer Großstadt muss für alle Menschen möglich und bezahlbar sein.